Nachdem der stets auch politisch und publizistisch außerordentlich engagierte Pädagoge zuvor noch die NSDAP, insbesondere deren Rassismus und ihre „Blut und Boden“-Ideologie scharf kritisiert hatte, trat er im Frühjahr 1933 aus taktischen Gründen vom Vorsitz des Volkshochschulbundes sowie als Studienleiter der VHS zurück. Als unbesoldetes Magistratsmitglied und aus der SPD schied er ebenfalls aus. Doch seine Hoffnung, dadurch wenigstens als Geschäftsführer der VHS weiter agieren zu dürfen, erfüllte sich nicht. Bald nachdem die „Nationalsozialisten“ die VHS als demokratische Bildungseinrichtung zerschlagen hatten, erreichte ihn das Entlassungsschreiben. Seither stand er unter Polizeiaufsicht. Während der nächsten elf Jahre musste er sich regelmäßig bei der Polizei melden und hatte fortwährend Haussuchungen und Verhöre über sich ergehen zu lassen. Sein ständiger Informationsaustausch mit dem vormaligen Leiter der hiesigen Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) Georg Buch, mit dem zusammen er bis 1933 für deren politische Schulungsarbeit zuständig gewesen ist und der nun eine Widerstandsgruppe aus mehrheitlich weiblichen SAJ- und SPD-Mitgliedern anleitete, war insofern für beide höchst riskant, blieb aber unentdeckt. Obwohl Maaß obendrein noch Schreibverbot erteilt worden war, erarbeitete er heimlich eine Vielzahl reformpädagogischer Konzeptionen, wobei er sich spätestens seit 1942 mit seinem Bremer Lehrerkollegen Fritz Gansberg austauschte. Jene auf Herausbildung demokratischen Denkens und Handelns zielenden Überlegungen waren dabei von Relevanz nur für die Zeit nach der Beseitigung der Diktatur. Im August 1944 wurde Maaß verhaftet, und zwar im Zuge der reichsweiten Fahndungs- und Festnahmeaktion „Gitter“ bzw. „Gewitter“ im Anschluss an den Umsturzversuch vom 20. Juli jenes Jahres, in den er selbst jedoch nicht involviert war. Zu Beginn des folgenden Jahres aus dem KZ Dachau entlassen, kehrte er erst Ende Mai 1945 nach Wiesbaden zurück. Sofort engagierte er sich auf ebenso vielfältige wie vorbildliche Weise für die Re-Demokratisierung auf kommunaler und Landesebene.